

Auf Kinderbildungsgesetz Einfluss nehmen

Warstein. (taf) Eine gemeinsame Resolution gegen den derzeitigen Entwurf des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) hat der Jugendhilfeausschuss auf den Weg gebracht. Bei zwei Enthaltungen stellte sich der Ausschuss hinter einen Entwurf der SPD. "Wir müssen flink sein, wenn wir auf das Gesetz noch Einfluss nehmen wollen", erklärte Jürgen Wied. Schließlich seien die 3. und 4. Lesung im Landtag für Ende Oktober geplant. Konstruktive Kritik wolle man mit der Resolution üben, betonte Wied, daher habe man Wert darauf gelegt, Punkte anzusprechen, die in das Kinderbildungsgesetz einfließen sollten.

"Es hat zahlreiche Proteste gegeben, unter anderem eine Kundgebung im Ministerium. Bei den Erzieherinnen herrscht große Unruhe", informierte Kai Maibaum vom Fachdienst Jugend und Soziales die Ausschussmitglieder. "Es sah lange so aus, als gebe es keine Bewegung im Gesetzesvorhaben, doch die kommt jetzt ins Spiel." Leichter durchschaubar werde die Situation für die Kommunen jedoch nicht. "Es sind keine Tendenzen erkennbar, welche Änderungen im Gesetzentwurf es geben wird." Hier hofft der Ausschuss mit seiner Resolution Einfluss nehmen zu können.

"Wir sind uns einig, dass die Betreuung von Kindern in Einrichtungen und Tagesstätten qualitativ verbesserungswürdig ist", heißt es in der Resolution. Doch werde mit dem KiBiz teils das Gegenteil erreicht, etwa da die Gruppen größer werden, die Erzieherinnen viele neue Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich erhalten. "Dies stellt einen deutlichen Qualitätsabbau gegenüber der heutigen Situation dar." Die Obergrenze für Gruppengrenzen sowie das personelle Verhältnis von Fachkräften und Kindern müsse gesetzlich festgelegt werden.

Gefordert wird vom Ausschuss außerdem mehr Mitspracherecht für die Eltern - auch was die Betreuungszeiten betrifft. "Familien sind heute vielen und wachsenden Anforderungen in der Gesellschaft und Wirtschaft ausgesetzt. Entsprechend ausgestaltet müssen die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen zur Betreuung ihrer Kinder sein."

Wichtigster Punkt für die Ausschussmitglieder: "Ein neues Gesetz darf nicht zu höheren Elternbeiträgen führen." So müssten die Finanzierungsgrundlagen auf realen Zahlen fußen. "Die Annahme, die Eltern finanzieren 19 Prozent der Kosten, ist unrealistisch", so die SPD. "Derzeit werden landesweit lediglich etwa 13 Prozent der Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen durch Elternbeiträge abgedeckt." Geht die Landesregierung jedoch von 19 Prozent aus, müssten die Beiträge angehoben werden. "Durch die Haushaltssicherung sind wir gezwungen, 19 Prozent zu erreichen, da sie hypothetisch angenommen werden", erklärte Kai Maibaum das Dilemma der Stadt.

20.09.2007